

# Laibacher Zeitung.

Nr. 275.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 28. November

Insertionsgebühr bis 10 Hellen: 1mal 60 kr., 2mal 20 kr., 3mal 1 fl.; sonst dr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jebeem. 30 fl.

1868.

## Mit 1. December

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerationspreis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende December 1868:

Im Comptoir offen . . . . .	fl. 92 kr.
Im Comptoir unter Couvert . . . . .	1 „ — „
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . .	1 „ — „
Mit Post unter Schleifen . . . . .	1 „ 25 „

## Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Sectionschef, Generalstallmeister und Vorstand des Departements für Pferdezuucht im Ackerbauministerium, Major in der Armee, Ladislaus Grafen Rozwadowski und dem Rittmeister in der Armee Joseph Anton Grafen Triangi die k. k. Rämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 26. November 1868 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das LXV. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 150 das Gesetz vom 22. November 1868 betreffend die Verwendung und Verwerthung der sogenannten Glacisgründe in Graz.

(Wr. Ztg. Nr. 280 vom 26. November.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Bedeutung von Städte- und Gemeindefragen.

I.

Der vortrefflich redigirten „öst. Zeitschrift für Verwaltung,“ welche wir nicht genug unseren Gemeinden und autonomen Organen empfehlen können, entnehmen wir folgende Anregungen:

Das Vereinswesen, insoweit es politische Zwecke verfolgt, wird bei uns meist noch in höchst unpraktischer Weise geübt. Wenn man sich zusammenthat, wird zuerst nach einem möglichst allgemeinen und zugleich wohlklingenden Vereinsnamen gesucht, so daß schon der Name eine ganze Staatsreform bezeichnet. Sodann setzt man sich möglichst umfassende politische Ziele, ja mitunter Ziele, welche schon weit über den concreten Staat und dessen heutige Verhältnisse hinausreichen. In diesen Vereinen werden nun über alle möglichen Dinge im buntesten Gemische Berathungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt, aber es wird, wie es bei solchen Umständen auch kaum anders möglich ist, alles höchst oberflächlich und dilettantenhaft behandelt.

Wollte man selbst davon absehen, daß damit jene Stätten, auf welchen Politiker und Staatsmänner sich die ersten Sporen zu verdienen pflegen, zu Tummelplätzen für Mittelmaßigkeiten werden, — so kann bei solchen Umständen das politische Vereinswesen seinen eigentlichen Zweck deshalb nicht erreichen, weil erstlich bei solcher Allgemeinheit der Bestrebungen die wirklichen politischen Kräfte im Volke, die sachmännisch gebildeten und sachmännisch wirkenden Elemente, nicht, oder weil zerstreut, doch mit weniger Gewicht hervortreten können, und weil zweitens dieses Umstandes wegen die Bestrebungen der politischen Vereine fast nothwendig ohne Einfluß bleiben auf die Action der Gesetzgebung.

Die Politik ist eine Wissenschaft wie jede andere. Erfahrung, Studium und Denken sind hier so nothwendig, wie auf jedem anderen Gebiete und berechtigen allein zur Action. Für die tausend Aufgaben der Politik findet man aber in allen Schichten des Volkes mannigfache Erfahrungen. Verstekt man diese für die verschiedenen Gebiete zu sammeln und zu concentriren, so wird man aus dem Volke heraus allerdings wahre, gediegene und wirksame Politik treiben können. Die politischen Vereine müßten sich daher, wenn sie eine Bedeutung erlangen sollten, gleich den andern nicht politischen Vereinen bestimmte, engbegrenzte Ziele setzen und in diesen mit sachmännischen Kräften operiren.

Die Lehren, die wir da geben, sind nicht unsere eigene Weisheit. Es sind die Erfahrungen aus dem politischen Wirken des Volkes in anderen Staaten, und wir werden zu ihrer Betonung zunächst angeregt durch

das in Deutschland bestehende und in weiterer Bildung begriffene Institut der „Städte- und Gemeindefrage,“ von politischen Vereinen, deren Aufgabe speciell die Förderung und Entwicklung des Gemeindeflebens ist. Die von Dr. Hermann Stolp in Berlin herausgegebene „deutsche Gemeinde-Zeitung,“ welcher ein besonderes Verdienst für die Belebung dieser Vereine und des deutschen Gemeindeflebens überhaupt gebührt, spricht sich über die Bedeutung der Städtefrage in folgender Weise aus:

„Dem Mißstande, daß das Staats- und Gesellschaftsleben, während sie von oben her überwuchern, von unten her verkommen, während sie von oben her zu viel regiert werden, von unten her in träger Stagnation sich auflösen, kann nur dadurch entgegengetreten und eine gesunde Umkehr nur dann angebahnt werden, wenn innerhalb der weitesten Schichten der Bevölkerung, wenn insbesondere innerhalb der ersten Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens selbst eine andere und bessere Ueberzeugung sich Bahn bricht.“

Diese Ueberzeugung kann aber nicht plötzlich und über Nacht eintreten, kann nicht durch doctrinäre Belehrung eingetrichtert, sondern muß in freiem und lebendigem Ideenaustausche allmählig sich herausbilden und gewonnen werden. Man muß allgemein zu der Einsicht gelangen, daß der gegenwärtige Bankrott des gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftslebens lediglich das Product einer verkehrten Behandlung desselben ist, und daß die allgepriesene und so vielseitig angestrebte Selbstverwaltung viel weniger auf der Beseitigung des sachmäßigen Beamtenthums, als vielmehr auf der Erweiterung der politischen und socialen Autonomie der Gemeinden und ihrer Befreiung von den allgemeinen theoretischen und schablonen förmlichen Staatsgesetzen beruht. Wenn aber die Ueberzeugung eine allgemeine werden und alle Schichten der Bevölkerung durchdringen muß, daß jede Besserung und Reform in der Gesellschaft von unten und von den Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens aus nur beginnen kann und erfolgen muß, so ist uns keine bessere Gelegenheit, sie allgemeiner zu machen und wirksamer zu befestigen, bekannt, als diejenige, daß die legitimen Vertreter der Gemeinden zum freien und lebendigen Ideenaustausche sich vereinigen, um allseitig und unablässig nach denjenigen Einrichtungen und Gestaltungen zu forschen, welche wirkliches Glück und Gedeihen innerhalb des lebendigen Zusammenwirkens der menschlichen Kräfte und Verhältnisse zu verheißten im Stande sind.

Wenn in diesen Kreisen und aus dem unmittelbaren Leben selbst in ruhiger, besonnener und fortlaufender Erwägung und unter allseitiger Btheiligung der verschiedensten Elemente des Volkslebens die staatlichen und gesellschaftlichen Probleme nicht gelöst werden können, dann dürfte an ihrer möglichen Lösung überhaupt zu zweifeln sein, und wenn von solchen, überall und allgemein im Leben stehenden Kräften den Anforderungen und Bedürfnissen dieses letzteren nicht hinreichend und vollständig genügt werden könnte, so müßten wir fragen, wie und durch welche anderen und wirksameren Mittel es sonst wohl noch sich ermöglichen ließe?

Wenn also demnach die freien Vereinigungen der legitimen Vertreter der Gemeinden sich als das allein oder im vorzüglichsten Grade wirksame Mittel und Werkzeug ergeben, um allen im staatlichen und gesellschaftlichen Leben unausgesetzt hervortretenden und nach Berücksichtigung drängenden Anforderungen und Bedürfnissen in der öffentlichen Meinung Anerkennung und in der gesetzmäßigen Gestaltung der Dinge Geltung zu verschaffen, so wird ihr Zusammenritt und ihre Wirksamkeit noch ganz insbesondere dadurch segensreich und gemeinnützig werden, daß sie auch dem wüsten Parteitreiben der gesellschaftlichen Charlatane allein in nachhaltiger Weise vorzubeugen im Stande sind.

### Reichsrathsdelegation.

Pe st, 25. November.

Nach Authentifizirung des Protokolls der letzten Sitzung und Anmeldung der Einkäufe, darunter ein Dankschreiben des Obersthofmeisters Ihrer Majestät der Kaiserin für die Beglückwünschung zu Allerhöchsteren Geburtstage, reicht Baron Beust die Regierungsvorlage ein in Betreff der Pensionirung der Botschafter, Ministerpräsidenten und subalternen diplomatischen Beamten.

Hierauf erfolgt die Wahl der Verificatoren. Gewählt werden: Graf Hoyos, Graf Jedwitz, Baron Klübeck und Kardasch.

In der Generaldebatte über den Finanzausschussbericht für das Budget des Ministeriums des Aeußern nimmt Fürst Schwarzenberg das Wort und sagt: In der genannten Depesche des Rothbuchs wird unter den nicht wegzuleugnenden Gefahren das Widerstreben der einstweilen privilegierten Stände erwähnt. Redner bedauert, daß in der zur Information des Auslandes bestimmten Depesche eine ganze Gesellschaft angeklagt wird; es seien individuelle Gegensätze, politische und nationale Parteien vorhanden, nicht aber das Widerstreben eines privilegierten Standes, oder eines solchen, dessen Mitglieder in großer Anzahl im Lager der Regierung sind. Redner legt Verwahrung gegen diese Beschuldigung ein.

Baron Beust erwidert, daß im Gegentheil die Zustände in dieser Depesche schonend behandelt wurden.

Berichterstatter Baron Eichhoff bemerkt, auch ihn habe diese Stelle unangenehm berührt. Es mache den Eindruck, daß, um Einzelne zu schonen, man den Tadel auf Viele ausdehnte.

Titel I wird in der Generaldebatte angenommen.

In der Specialdebatte stellt Rechbauer bei Post „geheime Auslagen“ den Minoritätsantrag, dem Ministerium des Aeußern für diese Post nur 350.000 fl. zu bewilligen. Eine Regierung, die im Sinne der vernünftigen Majorität des Volkes vorgehe, brauche nicht geheime Mittel; allein diese Anschauung ist in Europa nicht maßgebend; unsere moralischen Anschauungen sind practisch nicht durchführbar. Nachbarstaaten, äußerlich freundlich gestimmt, legen geheime Minen, die ans Herz der Monarchie reichen. Man sei daher gezwungen, den Dispositionsfond zu bewilligen. Derselbe sei auch ein Vertrauensbeweis für die Regierung. Redner findet es staatsrechtlich nicht gerechtfertigt, daß der gesammte Dispositionsfond dem Minister des Aeußern in die Hand gelegt werde, indem auch die Landesminister daran Theil haben. Es müsse der Landesvertretung vorbehalten bleiben, ob sie für die Landesregierung einen Dispositionsfond bewilligt. Wenn der Minoritätsantrag angenommen wird, sei er bereit, für das Kriegsministerium für geheime Auslagen 20.000 fl. und für die Marine 10.000 fl. zu bewilligen.

Pratobevera erinnert, daß Minister Berger die Erklärung abgegeben habe, die Landesminister werden keine Forderung für den Dispositionsfond stellen, daß also die Landesminister mit dem Reichsminister im Einverständnis sein müssen.

Demel spricht für den Antrag Rechbauers und bemerkt, daß von dem ungarischen Landesminister keine ähnliche Erklärung abgegeben wurde.

Hock, für den Ausschussantrag, sagt, geheime Auslagen sind zum Zwecke der Vertretung nach Außen, gehören daher in die Hand des Ministeriums des Aeußern. Es ist nicht nöthig, daß durch die Bewilligung geheimer Fonds an die Landesminister ein Mittel geschaffen werde, um einen Grad des Vertrauens für sie auszudrücken; hiezu dient die Bewilligung von Crediten.

Figuly, für den Minoritätsantrag, sagt, er wolle nicht die Reducirung, sondern nur eine Vertheilung des Dispositionsfondes an die verschiedenen Ministerien. Der Kriegsminister habe in der Section erklärt, er sei nicht in der Lage, eine Interpellation vollständig zu beantworten, weil ihm Dispositionsgelder für Informationen fehlen.

Baron Beust billigt Rechbauers Ansicht, daß Dispositionsgelder nicht benötigt werden sollten. Die Verwaltung derselben ist keine Annehmlichkeit und bedürfe die Regierung eines großen Vertrauens, um sie zu übernehmen. Wenn es in Europa zu einer moralischen Desarmirung kommen wird, werde man solche Fonds nicht bedürfen. Die Nothwendigkeit von Dispositionsgeldern liegt in äußeren Verhältnissen, daher der Minister des Aeußern allein competent zur Verwaltung derselben sei. Es sei eigenthümlich, daß man den Landesministern Dispositionsgelder aufdringen wolle, um sie durch deren Bewilligung mehr in der Hand zu haben. Die Bemerkung über eine Einflußnahme des Wiener Ministeriums auf das ungarische ist neu, bisher wurde immer das Gegentheil befürchtet. Dies in Erwägung zu ziehen, sei Sache der ungarischen Delegation. Wenn der Dispositionsfond nicht in einer Hand concentrirt werde, sei zu befürchten, daß die Anforderungen wachsen und aus der Verwendung Verwirrungen oder sogar gegenseitige Bekämpfung entstehen. Im übrigen habe er immer den Dispositionsfond den übrigen Ministern zur Verfügung gestellt, wenn er von der richtigen Verwendung desselben überzeugt wurde.

Bei der Abstimmung wird der Majoritätsantrag angenommen. Für den Minoritätsantrag stimmten

nur Rechbauer, Figuly, Groß, Merklisch, Demel und Greuter.

Bei Titel 2 stellt Rechbauer den Antrag, daß die Gesandtschaften in Sachsen, Württemberg, Hamburg und Portugal aufzulassen und Geschäftsträger einzuführen seien.

Kuranda weist in schwingvoller Rede nach, daß jetzt, wo Oesterreich alles anbietet, um die durch den letzten Krieg verminderte Machtstellung zu erhöhen, eine Reduction der diplomatischen Vertretung nicht geboten sei. In Bezug auf Portugal stimme er Rechbauer bei, da der dortige Vertreter nichts leistet. In Bezug auf Württemberg dürfe man im Sinne des Prager Friedens nicht dessen Ansehen schwächen. Sachsen gegenüber sei es eine Ehrenpflicht, die Vertretung zu belassen, eine Ehrenpflicht, der sich sogar Preußen nicht entzieht.

Groß unterstützt Rechbauers Antrag und spricht für die Auflassung des römischen Botschafterpostens.

Greuter antwortet. Er verspricht, sich nicht in einen Concordatsstreit einzulassen. Er ergeht sich in Recriminationen gegen das Rothbuch. Redner erklärt, daß die österreichischen Vertreter in Rom nichts leisten konnten, da die bestimmten Instructionen, die sie mitnahmen, unausführbar waren. Ist es denn mit uns in Oesterreich schon wirklich so weit gekommen, daß die Regierung es als Sieg betrachten würde, wenn sie den heiligen Vater dazu brächte, seine eigene Namenszeichnung zu verleugnen? Er wolle für Gesandte, denen man ähnliche Instructionen mitgebe, keinen Groschen bewilligen.

Schindler wünscht nicht, daß diese Kämpfe von jenseits der Leitha herübergetragen werden in ein Land, das glücklicherweise ähnliche Kämpfe nicht kennt. Jenseits der Leitha sehen wir uns wieder. Er danke dem Leiter des Ministeriums des Aeußern, daß er den römischen Geschäftsträgern ganz bestimmte Instructionen gegeben. Bisher hatten wir Botschafter, die uns heraus sagten, was man in Rom wolle; es ist gut, daß wir auch Botschafter haben, die hineinsagen, was wir wollen. Die Kirche werde mit diesen Thatfachen rechnen, wie mit allem seit dem westphälischen Frieden.

Figuly spricht für die Streichung des Botschafterpostens in Rom.

Baron Veust erwidert auf alle Einwendungen und wendet sich zuletzt gegen Greuter: Von dieser Seite habe man gewollt, daß die Verhandlungen kein Resultat haben. Das Ministerium erwartete auch keinen Zweck von den Verhandlungen, aber es wollte den diplomatischen Bruch mit Rom vermeiden, und das hat es erreicht.

Bei der Abstimmung wird auch Titel 2 in der General- und Spezialdebatte, Titel 3, 4 und 5 ohne Debatte angenommen.

Schluß der Sitzung um 3 Uhr. Morgen um 11 Uhr ist die nächste Sitzung.

## Die Lage in Turin.

Aus Turin wird der „N. Pr. Z.“ geschrieben: Das Ansehen der Regierung wird täglich und allenthalben im Lande geringer. Ich sage nicht, das Ansehen des Ministeriums, sondern der Regierung, denn auch ein Ministerium des Centrums oder selbst der Opposition dürfte in diesen schwierigen Zeitläuften nicht mehr Autorität erwarten. Das constitutionelle System hat seinen Halt verloren und ein republikanischer Schwindel spukt in den Köpfen der Jungen wie der Alten. Die spanische Revolution hat hierzu nicht wenig beigetragen, und sie wird auch von den Rothen sehr ausgenützt, um die republikanischen Ideen bis in die hintersten Thäler der Apenninen zu verbreiten. Die Worte der Aufwiegelung, welche man gerne an die Italiener richten möchte, richtet man in Form von zahllosen Adressen an das spanische Volk. Es dürfte bald kein Arbeiterverein mehr zu finden sein, der nicht die seinige nach Madrid geschickt, wohlweislich aber dieselbe vorerst im Blatte der Provinz oder des Bezirks hätte abdrucken lassen. Ein Beispiel ist hier besser als Flak, als viele Worte. So veröffentlicht die „demokratische Union“ von Ravenna ihre Adresse in dem „Dovere“ von Genua. Dieselbe enthält unter anderem folgende Phrasen: „Die Herrschaft der Könige beleidigt nicht mehr euer Würde. Welche Verworfenheit in dem Verlangen nach einem Könige! Die Völker, welche nach Königen rufen, sind verjüngte Völker. Das Volk ist sein eigener König und über dem Volke giebt es nur Gott oder die Anehre. Keine Könige mehr und kein Aberglauben.“ — Gefährlicher noch, als solche Elucubrationsen, sind die Adressen „an die italienische Armee“, welche man in fabelhafter Menge unter die Soldaten vertheilt. Auch von diesem sauberen Machwerk ein Bruchstück: „Die Monarchien sehen sich alle gleich. Ich ziehe die schlechteste Republik der besten Monarchie vor, sagte neulich ein hochherziger Spanier. Sie sprechen zu euch von militärischer Ehre. Die Fügner! Die militärische Ehre ist eine Erfindung des Despotismus. Die Ehre ist nur eine, und keines Unterschiedes fähig. Die Ehre besteht darin, daß man dem Vaterland die größte Menge von Wohlthaten erweist und ihm gleichzeitig die geringsten Opfer auferlegt. Die Ehre ist die, mit welcher sich jüngst die spanische Armee bedeckte. Dieses glorreiche Beispiel müßt ihr zum Muster nehmen. Weil die Armee wollte, genügten in Spanien drei Tage, um eine dreihundertjährige Monarchie zu stürzen. In Italien erdrückt uns noch die Monarchie, weil ein Theil von euch noch zau-

bert. . .“ In den bürgerlichen Kreisen spielt heute die „rothe Fahne“ eine große Rolle. Wie man vor 1859 die vertriebenen Regierungen mit dem Aufstecken der Tricolore zu reizen oder zu ängstigen suchte, so geschieht es heute der italienischen Regierung gegenüber mit der rothen Fahne, die man bald da, bald dort, am meisten immer oberhalb der königlichen Wappen aufgesteckt findet. Mögen viele darin nichts anderes als lose Bubenstücke erblicken; aber diese fortwährenden Demonstrationen kosteten in ihren Folgen Oesterreich die Lombardei und die vertriebenen Fürsten ihre Länder.

## Republikanische Agitationen in Spanien.

Der Madrider Correspondent des „Constitutionnel“ sieht die nächste Zukunft Spaniens im düstersten Lichte. Er schreibt: „Die Gefahren, welche die jetzige Lage, wenn sie sich verlängern sollte, darbietet, beginnen sich in so beunruhigender Weise zu zeigen, daß sie die ernstlichste Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gelenkt haben und letztere sich entschlossen haben soll, so viel als nur möglich die allgemeinen Wahlen zu beschleunigen. Einige Journale sprechen vom 15. December, allein dann müßte man die vom 1. bis 5. December gewählten Ayuntamiento's functioniren lassen und den Reclamationen keine Rechnung tragen, zu denen diese Wahlen Veranlassung geben können. Es scheint mir schwer anzunehmen, daß dies geschehlich und ausführbar sei. Ich kenne in der That Gemeinden, welche heute in zwei Parteien gespalten sind in Folge der Ortsprivilegien, so daß sie zwei Ayuntamiento's, zwei Alcalden, mit einem Worte zwei gesonderte Verwaltungen besitzen. Bei den zukünftigen Wahlen sind die so constituirten Sectionen entschlossen, ihre Räte getrennt zu ernennen, trotz der Instructionen der Provinzial-Regierung. Nun fragt man sich, ob im Momente der Corteswahlen diese Behörden geschehlich befähigt sind, die Functionen zu erfüllen, welche das Wahlgesetz den regelmäßig constituirten Ayuntamiento's zuspricht. Ein solcher Zustand verlangt vor den allgemeinen Wahlen regulirt zu werden, und ich schließe daraus, daß letztere nicht vor dem 10. bis 15. Jänner stattfinden können. Von heute bis dahin, was kann sich dann ereignen? Niemand ist im Stande, dies zu sagen. Die republikanische Agitation, welche um sich greift, läßt sehr ernsthafte innere Entwicklungen fürchten. In Madrid hat der General Escalante, der Befehlshaber der Volontäre der Freiheit, zum zweitenmal seine Entlassung eingereicht in Folge von sehr lebhaften Discussionen zwischen ihm und dem ersten Alcalden, Herrn Rivero, über Ausführung des Gesetzes der National-Miliz. Das ist ein General, der wie gefunden ist, um die Barricaden zu organisiren und an die Spitze der republikanischen Insurrectionen zu treten.“

## Oesterreich.

Wien, 26. November. Die „Wr. Abdpst.“ schreibt: Den Gerüchten gegenüber, welche von Ausgleichsverhandlungen mit der czechischen Partei zu sprechen wissen, sind wir in der Lage zu constatiren, daß bisher weder von der Regierung, noch von irgendeinem Mitgliede derselben derartige Ausgleichsverhandlungen eingeleitet wurden und daß solche überhaupt nicht im Zuge sind.

Prag. (Bezirksvertretung aufgelöst.) Einer Meldung der „Nase Listy“ zufolge wurde den 24. d. M. die Bezirksvertretung von Schlan, weil dieselbe trotz der Nichtbestätigung der ersten Wahl des Grafen Clam-Martiniß denselben zum Obmanne wieder gewählt hatte, aufgelöst. Dasselbe Schicksal hat bereits einige Tage früher die Neustraschitzer Bezirksvertretung ereilt.

Wesl. 25. November. (Sitzung des Oberhauses.) Die Mitglieder aus Croatien werden stürmisch begrüßt. In die Delegationen wird Bogovics, Obergespan von Agram, gewählt. Der Zolltarif für Dalmatien, das Wein-, Fleisch- und Erwerbssteuer-Gesetz, dann die Civilprozeßordnung werden unverändert angenommen.

— 25. November. (Sitzung des Unterhauses.) Fortsetzung der Generaldebatte über das Nationalitäten-gesetz. Cötvös spricht in einer glänzenden, von stürmischem Beifalle begleiteten Rede für das Majoritätselaborat. Nach ihm sprechen noch mehrere Redner für und gegen den Gesetzentwurf. Die Fortsetzung der Debatte findet morgen statt.

## Rusland.

Berlin, 25. November. (Preußen für Ungarn und — gegen Rumänien.) Die „Nordd. Allg. Zeitung“ wendet sich in einem Leitartikel wiederholt und entschieden gegen die Ausführungen der centralistischen österreichischen Blätter, daß Preußen darnach trachte, Rumänien auf Kosten Ungarns zu erweitern. Vergleiche man die Macht eines auch erweiterten Rumäniens mit derjenigen Ungarns, so werde man in Pest den preußischen Politikern wohl so viel Einsicht zutrauen, auf die Sympathien Ungarns, welches seine schöpferische, staatenbildende Kraft im Kampfe mit Oesterreich Jahrhunderte hindurch erprobt habe, großes Gewicht, auf die Zuneigung Rumäniens aber gar kein Gewicht zu legen.

Preußen könne nicht so thöricht sein, einen mächtigen Freund wie Ungarn zu opfern, um dafür die leichtwiegenden Sympathien Rumäniens zu erlangen. Die Hoffnung, Ungarn für ein Bündniß Oesterreichs mit Frankreich gegen Preußen zu gewinnen, sei bei den Centralisten Oesterreichs in dem Maße gestiegen, als Preußen ihre Anklage wegen einer angeblichen Unterstützung Rumäniens gegen Ungarn nicht beachtenswerth hielt.

— 25. November. (Von den Depossedirten.) Heute fand die zweite Sitzung der Beschlagsnahme-commission in Gegenwart des Finanzministers behufs Berathung über die Referentenanträge statt. Die Hauptansicht, wonach die Nichterfüllung des Vertrages seitens des Königs Georg auch die Entbindung des anderen Theiles involvirt, fand Zustimmung. Die juristischen Mitglieder ließen ihre bisherigen Rechtsbedenken fallen und hielten die rein politische Seite fest. Der erste Paragraph wurde mit großer Majorität angenommen.

— 25. November. (Graf Bismarck.) Die „Provinzial-Correspondenz“ meldet: Graf Bismarck gedenkt in den ersten Tagen des December (wahrscheinlich am 2.) hier einzutreffen und die Geschäfte allseitig wieder zu übernehmen.

Darmstadt, 25. November. (Der Landtag) wurde heute eröffnet. Der Minister v. Dalwigk betonte in der Eröffnungsrede, daß die Thätigkeit des diesmaligen Landtages vorzugsweise finanzielle Vorlagen bilden und daß die jüngst von dem König von Preußen gesprochenen Worte betreffs der Erhaltung des Friedens in allen patriotischen Herzen einen dankbaren Wiederhall gefunden haben.

Florenz, 25. November. (Sitzung der Deputiertenkammer.) Mari wurde zum Präsidenten, Morbini zum Vicepräsidenten gewählt.

Madrid, 24. November. (Ein Decret des Finanzministers) Figuerola verlängert die Dauer der Subscription auf das Anlehen bis zum 15. December. Es wurden bei der Subscription an Zahlungsstatt alle Coupons und Effecten angenommen, welche während des laufenden Semesters durch die Staatsschatzen zu zahlen wären. Sodann werden die neuen Anlehen-Obligationen im Nominalwerthe beim Kaufe von denjenigen Nationalgütern angenommen, die durch das October-Decret zur Zahlung der Interessen und zur Amortisirung des Anlehens bestimmt wurden. Die Gesamtzeichnungen für das Anlehen betragen 18,330,806 Thaler.

— 25. November. (Ein Decret des Ministers des Innern), Sagasta, sagt: Mehrere Gouverneure haben die Unmöglichkeit dargestellt, vor dem 1. December die zu den Wahlen nöthigen Einleitungen zu beenden; auf Grund dessen, um die Anwendung der größtmöglichen Freiheit bei den allgemeinen Wahlen zu ermöglichen, werden die für den 1. December bestimmten Wahlen für die Ayuntamiento's auf den 18. December verschoben. Die neuen Ayuntamiento's werden sich am 1. Jänner constituiren.

London, 25. November. (Wahlereisse.) In der Grafschaft Cork und einigen Orten von Wales fanden Wahlereisse statt, wobei Verwundungen, ja selbst Todtschläge vorkamen.

Levantpost. Triest, 26. November. Der Lloydampfer „Diana“ brachte uns heute Vormittags die Levantpost mit Nachrichten bis zum 21. d. M. „La Turquie“ rügt mit scharfen Worten das willkürliche Verfahren des Vicekönigs von Egypten gegen Halim Pascha, „den letzten überlebenden Sohn des Gründers der ägyptischen Dynastie“, und stellt eine Intervention der Pforte in Aussicht — denn der Sultan habe, so viel bekannt, seinen Souveränitätsrechten auf Egypten nie entsagt. — Es heißt, daß in Constantinopel nächstens ein norddeutsches Postamt errichtet werden soll. — „La Grece“ sagt aus Anlaß eines von der griechischen Presse mit großer Entrüstung aufgenommenen Artikels der „Neuen Freien Presse“ über Griechenland: „Der Action des hellenischen Königreiches im Orient liegt eine Pflicht und ein Ehrgeiz zum Grunde. Unser Ehrgeiz besteht darin, einen das ganze Hellenenthum umfassenden Staat zu gründen; unsere Pflicht ist es, allen christlichen Nationalitäten des Orients die Hand zu bieten, damit sie ihre Rechte erlangen und sich wie wir zu unabhängigen Staaten erheben. Jede griechische Regierung, welche diese doppelte Aufgabe nicht auf sich nähme, wäre keine nationale Regierung und könnte auf kein ruhiges und dauerndes Bestehen hoffen.“ — Die Nachrichten aus Kreta in griechischen Blättern gehen bis zum 11. d. M. und melden, daß mehrere Gesandte stattgefunden. Die Insurgenten wollen, um den Aufstand während des Winters zu erhalten, permanente Lager an mehreren wichtigen strategischen Punkten errichten. Auch die Mittheilungen, welche der „Impartial de Smyrne“ aus Kreta erhält und die bis zum 14ten d. M. reichen, bestätigen, daß der Aufstand fortdauere und die angekündigte concentrische Bewegung der türkischen Truppen zur gänzlichen Unterdrückung desselben nicht stattgefunden hat. — Aus Syra wird der „Tr. Ztg.“ gemeldet, daß Oberst Petropulaki mit 800 Freiwilligen und Proviant und Munition für drei Monate von dort nach Candia abgegangen ist.

## Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser und König haben aus dem evangelischen Kirchen- und Schulfonds der Gemeinde Köfese im Szathmarer Comitato zur Vollendung ihres Kirchenbaues 200 fl., der Gemeinde Batorfel im Graner Comitato zum Kirchenbaue 300 fl. und der Gemeinde Szencs im Zempliner Comitato zur Renovierung ihrer historisch denkwürdigen Kirche 300 fl. allergnädigst bewilligt. Der Gemeinde Kompolt im Heveser Comitato haben Se. Majestät zu ihrem Kirchenbaue den Betrag von 300 fl. allergnädigst gespendet.

— (Ein Unfall in den Salinen Wieliczka's.) Die „N. Fr. Pr.“ erhält aus Krakau vom 24. d. Abends nachfolgendes Telegramm: In den Wieliczkaer Salinen hat sich in einen hundert Klafter tiefen, an den Franz-Josephs-Schacht angrenzenden Schacht eine Süßwasserquelle mit ungeheurer Macht ergossen. Bis jetzt hat dieses Wasser einen Durchgangsschacht, welcher kein Salz erzeugt, in der Länge von 120 Klaftern, in der Breite von drei Ellen und in der Tiefe von einem Fuß überflutet und ist bis zum Eingang des Franz-Josephs-Schachtes vorgedrungen. Hier wird ein großer Damm aufgeworfen, da die bisherigen Anstrengungen, das Wasser aufzubalten, fruchtlos blieben. Das Wasser strömt seit gestern Früh, ohne abzunehmen. Alle Beamten und Arbeiter sind auf den Weinen, um dem Unheil zu wehren. Die Sachverständigen sprechen die Ueberzeugung aus, daß man des Wassers schließlich Herr werden wird und für Wieliczka selbst gar keine Gefahr droht.

— (Auf der galizischen Karl Ludwig-Bahn) — schreibt man aus Krakau — wäre es bald zu einem schrecklichen Unglücke gekommen. Für den 21. d. um 2 Uhr früh war in Radymno ein Lastzug angemeldet, welcher zur bestimmten Zeit auch eintraf, allein auf der Station nicht stehen blieb, sondern mit Blüheschnelle den Perron entlang seinen Weg weiter fortsetzte. Die erschreckten Beamten gaben sogleich die nöthigen Signale, damit der von Krakau kommende Personenzug aufgehalten werde, aber auch die mit dem entarteten Lastzuge fahrenden Conducteure, Unglück ahnend, kletterten von Dach zu Dach über die Waggon's hinweg bis zur Locomotive, da bei den Lastwaggon's die Seitenbänke fehlten, und finden — Maschine und Heizer im tiefsten Schlafe. Die Aamen waren schon die fünfte Nacht hindurch im Dienste und erlagen der Ermüdung.

— (Aus Königs wart) wird berichtet, daß der Schnee klasterhoch liegt; das Wild, dessen Fütterung mit großer Schwierigkeit verbunden ist, streift bis zu den Wohnungen und es ist keine Seltenheit, Rehbühner auf den Dächern der Häuser sitzen zu sehen.

— (Auswanderung.) Gegenwärtig bereitet sich zu Jansbruch eine neue Auswanderung nach Amerika vor. Es ist diesmal der Staat Virginia in den südlichen Vereinigten Staaten zum hoffentlich glücklicheren Ziele als früher Peru ins Auge gefaßt worden. Es sind dortselbst bereits größere Ländercomplexe angekauft worden. Im Monat Februar soll die Abreise erfolgen.

— (Blutiger Tanz.) Die „Marburger Btg.“ schreibt: Laut einer gerichtlichen Anzeige hat am Sonntag in Zellwip a. d. Mur bei Gelegenheit einer Tanzmusik eine blutige Schlägerei stattgefunden; der Festwirth Mathias Hernach ist am nächsten Tage seinen Wunden erlegen, zwei der Angegriffenen schweben in Todesgefahr, acht sind schwer verwundet.

— (Vom Vesuv.) Am 20. d. M. haben die immer nach abwärts drängenden Lavaströme eine der zwischen San Sebastiano und San Giorgio nach Cremona fahrenden Straßen überflutet. Der Feuerstein der Lavaglut ist nächtlicher Weile weithin sichtbar. Im Innern der Eruptionsegel hat das donnerartige Getöse zwar etwas nachgelassen; trotzdem hat der Lavaerguß zugenommen und bereits vielfaches Unheil an Wohnungen und Pflanzungen angerichtet. Namentlich sind es die am Abhange des Vesuv liegenden Olivenhaine und Weingärten, die in Flammen aufgehen. Die unglücklichen Besitzer sind für alle Zeiten um ihr Eigenthum gebracht, denn die Lava dringt in die Tiefen des fruchtbaren Erdreiches und überdeckt daselbst mit haushohen Massen. Behörden und Privatwohlthäter einigen sich in ihren Bestrebungen, das traurige Los der brot- und obdachlos Gewordenen möglichst zu mildern. Öffentliche Gebäude werden in Hast geräumt, um bergende Asyl für sie zu gewinnen; Collecten werden aller Orten gemacht und die Truppen aufboten, um den Landleuten, gegen deren Häuser der Feuerstrom sich heranwält, bei der Rettung ihrer Habe behilflich zu sein. Seit 1855 hat keine Eruption eine solche Mächtigkeit erlangt und so viel Schaden angerichtet, als es bei der jetzigen der Fall ist.

— (Wahlunruhen in England.) Nach Berichten aus Dublin haben in Drogheda am Freitag bei Gelegenheit der Wahlen fürchterliche Excesse stattgefunden, welche damit begannen, daß diejenigen Personen, welche für den conservativen Candidaten Sir Leopold M. Clinton, den bekannten Nordpolfahrer, ihre Stimmen abgeben wollten, daran durch einen mit Knütteln, Messern u. s. w. bewaffneten Pöbelhaufen verhindert wurden. 50 Personen, welche per Eisenbahn aus Dublin anlangten, um die Wahl des Herrn Clinton zu fördern, wurden gewaltsam genöthigt, mit dem nächsten Zuge wieder nach Dublin zurückzukehren. Die Polizeiconstabler bemühten sich vergebens, die Tumultuanten zu zerstreuen. Eine Hüßarenabtheilung, die zur Säuberung der Straßen aufboten worden, wurde durch einen Steinhaapel zurückgeworfen. Infanterie rückte nun in's

Feld; die Aufbracte wurde verlesen, aber kein Befehl zum Feuern ertheilt; zwei Soldaten schossen trotzdem ihre Gewehre ab, wodurch ein Individuum getödtet und ein anderes verwundet wurde. Die Soldaten wurden sofort arretirt. Dem Militär gelang es schließlich, die Ordnung und Ruhe wieder herzustellen.

## Versammlung der Forstmänner.

Am 25. d. M. um 9 Uhr Vormittag fand im städtischen Rathhause die in unserem Blatte bereits erwähnte forstmännische Versammlung statt, zu welcher sich Fachleute aus allen Gegenden Krains in der Anzahl von 18 Personen eingefunden hatten. Auch waren hiezu von Seite der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft Herr Ludwig Ritter von Gutmannsthal, Venvenuti und Dr. Bleiweis, sowie Herr Gustav Graf von Auersperg erschienen.

Förster Dimitz begrüßte die Versammlung im Namen des Vorbereitungs-Comité's, hinweisend auf die täglich wachsende Bedeutung des Forstwesens in Krain. Ueber seinen Antrag wurde sonach zur Wahl der Versammlungs-Functionäre geschritten und Forstmeister Witschel von Haasberg zum Vorsitzenden, Forstgeometer Krenz zum Schriftführer gewählt.

Der Vorsitzende dankt für das ihm durch die Versammlung bewiesene Vertrauen, indem er seine Fachgenossen herzlich willkommen heißt und die erste rein forstmännische Versammlung in Laibach für eröffnet erklärt.

Es gelangte sonach der erste Programmpunkt, nämlich: ob das Forstgesetz vom 3. December 1852 den in Krain gegebenen Verhältnissen angemessen sei? — zur Verhandlung.

Förster Dimitz eröffnet die Debatte, indem er betont, daß ein Forstgesetz, welches, wie unseres notorisch, nur theilweise zur Durchführung gelangt sei, wohl dadurch schon seine Mängel an den Tag lege; er weist insbesondere auf das Unzureichende des Aufforstungszwanges und das Mißverhältniß der Strafanzeige gegenüber den Vortheilen der Unterlassung der Aufforstung und in dieser Richtung auf das französische Aufforstungsgesetz vom Jahre 1860 hin. Ferners verlieren nach vollendeter Servitutenablösung die lediglich darauf berechneten Paragraphen des Gesetzes ihre Bedeutung; es seien endlich auch die Waldschadenersatzbestimmungen mangelhaft, der Punkte, die eine Aenderung bedürfen, jedoch so viele, daß Redner diesen reichen Stoff hier nicht erschöpfen könne und wolle, umso mehr, als er von seinen Fachgenossen hier noch weitere und mannigfaltige Aendertungen hierüber erwarte.

Schollmayer beantragt, das Gesetz paragraphenweise durchzugehen, welchen Antrag er übrigens auf Dimitz' Bemerkung, daß es sich ohnedies jetzt nicht um ein erschöpfendes Urtheil handle, zurücknimmt.

Güterinspector Clarici beantragt im Hinblick auf diese letztere Bemerkung die Wahl eines fünfgliedrigen Comité's zur Ausarbeitung eines Elaborates über die Mängel des Gesetzes, welcher Antrag, von Dimitz dahin amendirt, daß dieses Exposé durch die krainische Landesregierung dem hohen Ackerbauministerium vorgelegt werden solle, angenommen wird.

In das Comité wurden die Forstmeister Witschel, Oberkircher, Seitner, Bodenstein und Förster Dimitz — letzterer zum Obmanne — gewählt.

Ueber den zweiten Programmpunkt: ob die Durchführung des § 22 des Forstgesetzes in Krain ein Bedürfnis sei, wurde vom Förster Dimitz die Debatte unter Hinweis auf die Wichtigkeit dieser Frage, aber auch auf die vielfache Ventilation derselben in der Landwirtschaftsgesellschaft eröffnet.

Inspector Clarici macht auf die Unzulänglichkeit des § 22 aufmerksam, nachdem dort Wirtschaftsführer nur für Wälder von „hinreichender Größe“ vorgesehen, des Kleinwaldbesitzes aber nicht gedacht, während doch notorisch sei, daß dieser eben am meisten des Schutzes bedürfe; Redner schildert in sprechenden Beispielen die Noththeile der Wälder auftheilung.

Forstmeister Bodenstein schließt an diese Ausführungen an: sei die Servitutenablösung auf einem verpflichteten Gute vollendet und habe der Geometer kaum erst den Wald verlassen, so erklinge hinter ihm die Art und die Theilwälder werden rapid verwüstet. Die Bevölkerung in Krain erkenne noch viel zu wenig den hohen volkswirtschaftlichen Werth der Walderhaltung; er sei für die Vorentscheidung, aber für keine solche, welche die Allgemeinheit schädige.

(Schluß folgt.)

## Locales.

— (Zeitgemäße Aenderung.) In Folge a. h. Entschliebung wurde die Vereinfachung der Titulaturen und des Conceptsstyles für den schriftlichen Dienstverkehr der k. k. Militärbehörden unter einander und mit den Civilbehörden angeordnet. Die üblich gewesenen Bezeichnungen „hoch“ oder „löblich“ haben ganz zu entfallen, die Beisätze „gehorsamst“, „diensthöflich“ etc. auszubleiben, „Bestimmtheit, Kürze und Anstand sollen den militärischen Geschäftsstyl kennzeichnen.“

— (Als nachträgliche Schillerfeier) beabsichtigen dem Vernehmen nach die Studirenden des Obergymnasiums Schillers „Wallensteins Lager“ aufzuführen. Wenn Herr Prof. Dr. Heinrich seinen zum 10. November

beabsichtigten und nur zufälliger Hindernisse halber unterbliebenen Vortrag über Schiller als Dramatiker mit obiger Darstellung in Verbindung setzen wollte, so hätten wir einen genüßreichen Abend zu erwarten und wir glauben, daß sich durch Festsetzung eines mäßigen Eintrittspreises eine hübsche Einnahme für das Schillerdenkmal erzielen ließe, für welches wir bisher erst einige wenige Schillerfreunde zu verzeichnen so glücklich waren.

— (Der zweite Kneipabend) der Sänger, Turner und Schützen findet heute Abends statt. Wie wir hören, soll das Unterhaltungs-Programm ein sehr interessantes sein.

— (Laibacher Musikkapelle.) Wie wir vernehmen, haben bereits vor acht Tagen Musikproben der „Laibacher Musikkapelle“ im eigenen Locale im Coliseum begonnen und es dürfte bei dem eifrigen Bemühen des Herrn Capellmeisters ermöglicht sein, in der ersten Hälfte des Monats December bereits ein Concert zu veranstalten. Das Comité hat bei der Errichtung der Musikkapelle, eines für Laibach allgemein anerkannten Institutes, mit sehr vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, indem es sich herausstellte, daß in Laibach bis jetzt fast gar keine Musiker, namentlich für Streichinstrumente herangebildet wurden, und man ist daher auf auswärtige Kräfte angewiesen. Da dem Comité außer den freiwilligen Beiträgen einiger Bewohner Laibach's keine anderen Mittel bis jetzt zu Gebote standen, so war es veranlaßt, für die auswärts angeworbenen Mitglieder der Capelle Dienstplätze hier zu besorgen, was auch zum Theile gelungen ist. Es wäre wünschenswerth, daß jene verehrten Bewohner Laibach's, welche noch in der Lage sind, für verschiedene Berufszweige geeignete Individuen (größtentheils gewesene Militärs), zu beschäftigen, ihre gesälligen Anträge an den Herrn Capellmeister (Coliseum) gelangen ließen, indem dadurch die Capelle für die Stadt mit geringen Kosten gesichert erscheint. Auch wird in kurzer Zeit nach Einübung des Orchesters die Musikkapelle für Jünglinge in Aussicht gestellt.

— (Der gestrige Schneefall) hat eine ziemlich Schneedecke geschaffen, welche aber schnell wieder schmolz und die Wege, jedoch nur auf kurze Zeit unwegsam machte, indem schnellstens für Räumung der Trottoirs und Hauptverkehrswege von Seite unserer Stadtbehörde gesorgt worden ist.

— (Jagdglück.) Dem „Tabl.“ wird gemeldet, daß Herr B. unlängst in seinem Reviere bei Lastthal mit einem Schuß zwei Rehe erlegt habe, wobei als merkwürdig noch zu erwähnen ist, daß die Ladung aus Hasenschrot bestand.

— (Theater.) J. M. Die gestrige Aufführung des uns noch vom vergangenen Jahre in angenehmer Erinnerung stehenden Laube'schen Schauspiels „Der Statthalter von Bengalen“ müssen wir als eine minder gelungene bezeichnen. Nur die Herren Moser (Lord William Chatham) und Bergmann (Sir Philipp Francis) machten sich um dieselbe verdient und wurden auch durch Beifall ausgezeichnet. Ebenso wurden den in diesem Stücke beschäftigten Damen bei einzelnen Stellen schwache Auszeichnungen zu Theil. Mit der Auffassung der Rolle des Lord Adolphus Waterford durch Herrn Franzelius können wir uns nicht im geringsten einverstanden erklären. Wir haben uns diesen leichtgläubigen und beschränkten Ehemann anders gedacht, als er uns vorgeführt wurde. Das Haus war wenig besucht.

— (Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte Laibach. Am 2. December. Franz Stembou: Mithuld am Todschlag; Anton Novak: Diebstahl; Simon Sulc: Diebstahl. — Am 3. December. Jakob Zaverban und Valentin Arber: Diebstahl; Maria Hojan: Vergehen nach § 335 St. G. — Am 4. December. Alois Krameršič und 5 Genossen: Betrug.

— (Majestätsbeleidigung.) H. A. Alfamo vič, Caplan in Bosilj-vo (Croatien, an der krainischen Grenze, gegenüber von Weinitz) wurde am 17. d. in der beim Agrarcomitatsgerichte abgehaltenen Schlußverhandlung wegen des Verbrechens der Majestätsbeleidigung zu anderthalbjähriger Kerkerstrafe verurtheilt.

## Eingefendet.

### An die hochverehrten Bewohner Laibach's!

Wir können nicht umhin, den hochverehrten Bewohnern von Laibach unseren tiefgefühltesten Dank auszusprechen für das große Vertrauen, für die vielen Anerkennungen, die uns von Hochdenklichen in der kurzen Zeit geworden sind, seit welcher wir Niederlagen von unseren Producten in Laibach halten.

Wir erlauben uns, das p. t. Publicum zu benachrichtigen, daß unsere Malzextract-Bonbons, welche das vom Professor an der Wiener Klinik, Herrn Dr. J. Flor. Selter, für allein echt erklärte Wiltelmsdorfer Malzextract und somit die nährenden und heilsamen Bestandtheile des Malzes enthalten, zur Unterscheidung von den fälschlich sogenannten Malzbonbons, in denen diese gerade wirksamen Bestandtheile gänzlich fehlen, auf dem Carton (à 10 Kr.) die Aufschrift haben: „Wiltelmsdorfer Malzextract-Bonbons.“

Wir halten von unserem echten dickflüssigen Malzextracte, dem wohlgeschmeckenden Ersatz des Leberthrans, sowie den daraus bereiteten Bonbons und Chocoladen, in Laibach wie bisher, Lager bei Herrn Apotheker Ottolar Schenk (am Kundschafplatz) und bei Herrn Johann Perdan. Indem wir schließlich um weiteren gütigen Zuspruch bitten, zeichnen hochachtungsvoll

### Wiltelmsdorfer Malzproducten-Fabrik.

Haupt-Niederlage Wien, Weihburggasse, Nr. 31, Gartenbaugesellschaft.

Die von der Braunschweigischen Regierung ausgegebenen und von dem Handlungskaufe Sidor Botenwieser in Frankfurt a. M. im heutigen Blatte entpöblenen Prämien-Lose finden sehr starken Absatz. Die Vortheile, welche dem Publicum entstehen, wenn es sich bei dem

